SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Polens Demokratische Linksallianz - eine post-postkommunistische Partei? Vom Bündnis SLD zur Partei SLD

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Lang, K.-O. (2000). *Polens Demokratische Linksallianz - eine post-postkommunistische Partei? Vom Bündnis SLD zur Partei SLD.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 4/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44885

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Bundesinstitut
für ostwissenschaftliche
und internationale Studien

Lindenbornstraße 22, D-50823 Köln

Aktuelle Analysen

Nr. 4/2000 10. Januar 2000

Polens Demokratische Linksallianz – eine post-postkommunistische Partei?

Vom Bündnis SLD zur Partei SLD

Zusammenfassung
Am 18. und 19. Dezember 1999 wurde in Warschau der Gründungskongreß der Demokratischen Linksallianz (SLD) abgehalten. Nachdem Mitte April die Mitglieder des Wahlkomitees SLD die Umgestaltung ihrer elektoralen Koalition in eine politische Partei beschlossen hatten und sich deren wichtigste Komponente, die als Nachfolgerin der kommunistischen PZPR entstandene SdRP (Sozialdemokratie der Republik Polen) auf ihrem IV. Kongreß (16.6.) aufgelöst hatte, kam damit die vorläufig letzte Reinkarnation des politisch institutionalisierten Postkommunismus in Polen zum Abschluß. Mit der Formierung der neuen Partei haben die PZPR-Epigonen ihren "ex-kommunistischen Rubikon" jedoch noch nicht überschritten, sondern erst die Voraussetzungen hierzu geschaffen. Zweifelsohne ist indes mit der Etablierung der neuen SLD ein Beitrag zur weiteren Konsolidierung der polnischen Parteienlandschaft erbracht.

Ex pluribus unum

Die Idee einer organisatorischen Neugestaltung der Demokratischen Linksallianz (SLD) mutet *prima facie* erstaunlich an. Immerhin war die alte SLD ein *winning team*.[1] Auf der strategischen Kooperation zwischen der SdRP und dem ebenfalls exkommunistisch kolorierten Gewerkschaftsbündnis OPZZ (Allpolnische Gewerkschaftsverständigung) basierend, entstand mit Blick auf die Parlamentswahlen vom Oktober 1991 im Juli jenes Jahres unter Einschluß einer Vielzahl kleinerer linker und exkommunistischer Gruppierungen die Demokratische Linksallianz SLD. Bereits nach kurzer Zeit der politischen Quarantäne konnte die SLD reüssieren: 1993 gewann sie die Parlamentswahlen, 1995 wurde ihre Führungsfigur Aleksander Kwaśniewski zum Staatspräsidenten gewählt. Nachdem die Formation 1997 in die Opposition geschickt wurde, erlangte sie bald neue Popularität und führt seit geraumer Zeit alle Meinungsumfragen an.

Gleichwohl wurde in der SLD bereits seit den Wahlen von 1993 mit dem Gedanken gespielt, das Paradigma eines lockeren, breiten Wahlbündnisses aufzugeben.[2] Seit rund zwei Jahren erwog man

---

[1] Vgl. dazu u.a.: Dieter Bingen: Die polnische Sozialdemokratie (SdRP/SLD). Erbe und Wählerauftrag, Berichte des BIOST 16/1998; Kai-Olaf Lang: Polens Linksparteien vor den Parlamentswahlen; Aktuelle Analysen des BIOST 37/1993.

[2] Vgl.: Rada Naczelna SdRP: Socjaldemokracja RP wobec nowych zadań, Myśl Socjaldemokratyczna, 1/'94, S. 48-54, hier: S.50f. Dabei wurde auch die Möglichkeit erwogen, die SLD "um die SdRP herum" zu organisieren.

ernsthaft, die SLD zu einer einheitlichen Partei umzubauen, wobei offiziell vor allem zwei Motive für eine Änderung des bisherigen Status angeführt wurden.[3] Einerseits seien mit dem Anschwellen ihrer Anhängerschaft die organisatorischen wie sachlichen Kapazitäten der SLD erschöpft. Eine neue SLD könne überdies zur Kreierung eines unbelasteteren und integrativeren Erscheinungsbilds der Linken beitragen. Andererseits wurde auf die Erfordernisse der 1997 angenommenen Verfassung verwiesen, deren Artikel 100 vorsieht, daß lediglich "politische Parteien und Wähler", und somit nicht mehr Koalitionen und gesellschaftliche Vereinigungen, Kandidaten aufstellen können.

Die Vermutung liegt indes nahe, daß insbesondere die SdRP-Führung mit der Umgestaltung der SLD noch mindestens zwei weitere Ziele verfolgt hat. Zum einen ist denkbar, daß sich die SdRP durch ihre Selbstauflösung der Einforderung von Verbindlichkeiten gegenüber dem polnischen Staat entziehen wollte, die aus Vermögensbeständen ihrer Vorgängerorganisation PZPR resultieren. Darauf deutet der Umstand hin, daß sich die "NeoSLD" nicht als Rechtsnachfolgerin der SdRP konstituierte. Zum anderen bietet sich für die bereits bisher im Bündnis SLD tonangebende SdRP-Führung die Möglichkeit, ihre dominante Position weiter auszubauen, da im Rahmen einer einheitlichen Partei effektivere Reglementierungs- und Disziplinierungsformen gegenüber renitenten Abweichlern zur Verfügung stehen.

Während der Konstituierungsphase der Partei SLD wurde überdies sichtbar, daß das Projekt "NeoSLD" vor allem unter dem Blickwinkel einer substantiellen Verbreiterung der linken Anhängerschaft lanciert wurde. "Die SLD muß für sich die Frage beantworten, ob in einem katholischen Land, in einem Land mit einer Vorherrschaft rechter Ansichten die Demokratische Linksallianz irgendwann eine absolute Mehrheit erlangen kann oder nicht", erklärte der SdRP- und spätere SLD-Vorsitzende Leszek Miller.[4] Miller hält dieses Ziel für erreichbar, falls die Linke durch einen nichtideologischen und undogmatischen Kurs Personen, die sich der politischen Mitte zuordnen, sowie entpolitisierte Nichtwähler gewinnt. Damit wird klar, worauf sein Pläne zielen: auf eine pragmatische, in der linken Mitte angesiedelte Massenpartei mit klassenübergreifender sozialer Basis.[5]

Diese Linie einer kantenlosen modernen Linksformation mußte auf Kritik stoßen. Gegen die Vorstellung einer integrativen Omnibuspartei protestierte lauthals der linke Rand der SLD. Zwei kleinere bisher der SLD angehörende Gruppierungen, die radikale *Polnische Sozialistische Partei PPS* und die OPZZ-nahe Gewerkschaftspartei *Bewegung der Werktätigen RLP*, zogen es sogar vor, ihre Eigenständigkeit zu wahren. Ein gewisser Gegenreflex gegen das Konzept einer programmatisch gering profilierten Partei manifestierte sich auch in der Entstehung mehrerer inhaltlich-politischer Diskussionszirkel (*Jaka Polska? Jaka lewica?*, *Rampa*, *SLD 2000*), die sich in die Programmdiskussion der neuen Partei einbringen wollten.

Der Gründungskongreß der SLD – ein Schritt vor, ein Schritt zurück

Die Ergebnisse des Gründungskongresses der SLD zeigen, daß hinter dem mit der formalen Mutation des postkommunistischen Lagers intendierten Imagewandel eine nur partielle Substanzerneuerung steht. Kontinuität charakterisiert die Zusammensetzung der *Parteiführung*. In die beiden obersten Führungspositionen wurden *Leszek Miller* (Parteivorsitz) und *Krzysztof Janik* (Generalsekretär) gewählt, die bisher in der SdRP diese Ämter innehatten. Wie schon während des ersten Jahrzehnts ihrer Existenz präsidiert der postkommunistischen Partei somit ein Politiker, der in der zweiten Hälfte der 80er Jahre exponierte Funktionen in der PZPR innehatte und im direkten Umfeld des letzten PZPR-Chefs Mieczysław Rakowski wirkte. Unter Millers fünf Stellvertretern findet sich (abgesehen von *Stanisław Janas*, der den Gewerkschaftsflügel repräsentiert) mit dem einstigen KOR-Aktivisten

---

3 Vgl.: Rozmowy o Polsce, Trybuna 10.6.1999.

4 Skrzydlata socjaldemokracja, Interview mit dem Vorsitzenden der SdRP, Leszek Miller, Trybuna 24.-25.10.1998.

5 Nach Worten von Miller will "die SLD eine Massenpartei, nicht eine Klassen- oder Kaderpartei sein". In ihr sollen sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer Platz finden. Nie wybieram się na emeryturę, Interview mit dem Vorsitzenden der SdRP Leszek Miller, Rzeczpospolita 16.6.1999.

und vormaligen Mitglied der zentristischen Freiheitsunion *Andrzej Celiński* lediglich ein echter Neuling.

Auffällig ist die starke biographische Verwurzelung in der PZPR auch auf der wichtigen *mittleren Funktionärsebene*. Von den 16 Vorsitzenden der SLD-Wojewodschaftsräte gehörten 15 der SdRP an, alle waren Mitglied in der PZPR. Meist handelt es sich dabei um Pragmatiker und Technokraten, die sich im letzten Jahrzehnt als Berufspolitiker und/oder Geschäftsleute profiliert haben.[6] Als Leiter der verhältnismäßig großen SLD-Regionalorganisationen (die im Gefolge der polnischen Verwaltungsreform entstanden) verfügen diese Provinzfürsten über eine beachtliche Hausmacht.

Fraglich ist, inwieweit sich die *Parteibasis* der SLD von der der SdRP unterscheidet. Offiziell wird angegeben, die neue Partei weise über 80 000 Mitglieder auf, womit sie ihre Anhängerschaft um etwa zwei Drittel ausgeweitet hätte. Nach wie vor ist davon auszugehen, daß eine Mehrheit der Inhaber eines SLD-Parteibuchs der PZPR angehörte oder anderweitig mit dem System der Volksrepublik affiliiert war, wobei auch in der neuen Partei die "dunkle Seite der SLD" repräsentiert ist (etwa durch so kontroverse Symbolfiguren wie *Jerzy Urban*, Ex-Regierungssprecher Jaruzelskis und jetzt Herausgeber der aggressiven Satirezeitschrift NIE). Unklar ist indes, wer die Neumitglieder sind. Angeblich handelt es sich dabei zu 30% um Personen, die noch nie einer Partei angehörten. Ein Drittel aller Mitglieder soll jünger als fünfunddreißig sein. Insgesamt wird man wohl drei Gruppen neuer Parteimitglieder auseinanderhalten können: "alt-neue", die vormals der PZPR angehörten, den Schritt in die SdRP aber nicht machen wollten (so etwa Jerzy Jendykiewicz, SLD-Chef in der Wojewodschaft Pomorze); Jugendliche, die nicht zuletzt aufgrund ihres Alters der kommunistischen Ära unbefangen gegenüberstehen (Aushängeschild der neuen SLD-Generation ist *Michał Tober*, ein Jura-Student, der zum Pressesprecher der Partei avancierte); Neumitglieder von der ehemals anderen Seite der Barrikade (neben Celiński etwa Katarzyna Piekarska, Ryszard Setnik, Antoni Styrczuła u.a.).

Halbherzig wurde die *programmatische* Innovation in Angriff genommen. Unverkennbar ist einerseits das Bemühen, sich von jeglichem linken Fundamentalismus zu distanzieren. Besonders in wirtschaftspolitischer Hinsicht sollten sämtliche Ambivalenzen ausgeräumt werden. "Es gibt keine sinnvolle Alternative zur Marktwirtschaft," erklärte der Vorsitzende der SLD-Programmkommission Celiński.[7] Gleichzeitig wurde die Palette historischer Vorbilder wesentlich farbiger als bisher: Funktionäre und Dokumente der SLD nehmen u.a. Bezug auf die Werte der französischen Revolution, auf die frühere Polnische Sozialistische Partei PPS, auf linke und sozialistische Politiker der polnischen Zwischenkriegszeit, auf reformorientierte marxistische Intellektuelle der Nachkriegszeit und sogar auf die antikommunistischen Aktivisten des KOR.[8]

Weniger reibungslos verlief indes die Diskussion um die Einschätzung der *kommunistischen Vergangenheit*. Bereits vor dem Parteitag löste der Aufruf der früheren Solidarność-Streiterin und jetzigen Ministerin in der Präsidentialkanzlei Barbara Labuda, die SLD solle ihre "Leiche aus dem Keller" nehmen,[9] heftige Proteste unter Anhängern und Funktionären der Linksallianz aus. Die von Präsident Kwaśniewski vorgelegte Mahnung, "Verbrechen, die in Polen unter dem Banner der Linken begangen wurden," unzweifelhaft zu verurteilen und den Opfern Genugtuung zu leisten, wurde vom Parteitag zurückgewiesen.[10] Letztlich stimmten die Delegierten einer abgeschwächten Erklärung zu, in der immerhin "die Verbrechen des kommunistischen Systems und alle gegen den Menschen und die Gesellschaft unternommenen Aktivitäten" gebrandmarkt wurden.[11]

---

6 Details dazu: Pragmatycy z partyjną przeszłością, Gazeta Wyborcza 16.12.1999.

7 Nie ma trzeciej drogi w gospodarce, Rzeczpospolita 15.12.1999.

8 Zu den in diesem Zusammenhang genannten Bezugsfiguren gehören etwa S. Żeromski, M. Słodkowska-Curie, J. Hochfeld, J. Mulak, J. Strzelecki, A. Pajdak u.a. Vgl.: W nowym stylu, Trybuna 27.9.1999; Pozwólcie nam się zmienić, Interview mit K. Janik, Generalsekretär der SLD. Gazeta Wyborcza 16.12.1999.

9 Barbara Labuda: Nie trzymajcie trupa w szafie, Gazeta Wyborcza 11.10.1999.

10 List prezydenta Aleksandra Kwaśniewskiego do Kongresu SLD, Życie Warszawy 20.12.1999.

11 Deklaracja I Kongresu SLD, http://www.sld.org.pl

Zum Kräfteverhältnis in der neuen Partei

Im Zuge der Formierung der Partei SLD offenbarten sich auch die Kräfteverhältnisse innerhalb des postkommunistischen Lagers respektive innerhalb der Linksallianz. Zurechtgestutzt wurden die Flügel der alten SLD. Die "neu-linke" und sozialliberale *"Rechte"*, die sich in den letzten Jahren ohnehin nie als Strömung konstituierte, sondern lediglich durch Einzelpersonen auffiel, mußte erkennen, daß sie nicht die Gunst der Parteibasis besitzt. Dies zeigte sich namentlich in den Personalentscheidungen des Kongresses. Der ehemalige Privatisierungsminister *Wiesław Kaczmarek*, der noch auf dem III. Parteitag der SdRP als (wenn auch wenig erfolgreicher) Herausforderer von Leszek Miller antrat, erhielt bei seiner Kandidatur um das Amt eines stellvertretenden Parteichefs die wenigsten Stimmen aller Bewerber. An Kaczmarek, der sich für eine Orientierung der Linken auf die neue Labour-Partei stark macht und der den Konzepten der SPD und Gerhard Schröders nahesteht,[12] fanden die Delegierten ebensowenig Gefallen wie am prominenten SLD-Vordenker und Ex-Premier *Włodzimierz Cimoszewicz* mit seinen unkonventionellen Aussagen zur Wirtschaftspolitik.[13]

Doch auch der Einfluß der *Linken*, die in den letzten beiden Jahren an Gewicht zugelegt hatte, wurde redimensioniert. Mit der Tageszeitung *Trybuna* und ihrem rührigen Chefredakteur *Janusz Rolicki* hat sich ein dynamischer Kristallisationsherd PRL-nostalgischer, linkspopulistischer und explizit Solidarność-feindlicher Auffassungen gebildet. Katalysiert durch den Kosovo-Konflikt, in dem das Blatt in Opposition zur SLD- und SdRP-Führung massiv gegen die NATO-Intervention Front machte, wurde die Trybuna zur Speerspitze und zum natürlichen Sprachrohr aller dezidiert linken Kräfte innerhalb und auch außerhalb des exkommunistischen Spektrums. Zu diesen zählen etwa die PPS und ihr radikaler Vorsitzender Ikonowicz, der Bund der Polnischen Kommunisten ZKP, Teile des Gewerkschaftsflügels einschließlich der RLP, die scharf antiklerikale NIE (Piotr Gadzinowski) sowie marxistisch und sozialistisch imprägnierte Intellektuelle (Jerzy Wiatr u.a.). In der neuen Partei SLD ist die Macht dieser Gruppen deutlich eingedämmt. PPS und RLP traten der SLD nicht bei, Izabelle Sierakowska, serbophile SdRP-Vizechefin wurde nicht mehr zur stellvertretenden Parteichefin gewählt, der Miller-Kritiker Rolicki wird mit stärkerem Gegenwind aus der Partei rechnen müssen.

Damit hat die *pragmatisch-zentristische Parteiführung* der SLD (Miller, Janik, Szmajdzinski, Borowski u.a.), vor allem aber der Parteivorsitzende selbst, das Heft fest in der Hand. Gestützt wird die Position des Parteichefs bzw. der engeren Führungsgruppe ferner durch einige statutarische Vorgaben. So besteht keine Möglichkeit, formelle Fraktionen auf weltanschaulicher oder funktionaler Basis zu bilden.[14] Ein zahlenmäßig großer Parteivorstand begünstigt die Tendenz, operative Aufgaben in der engsten Führung zu erledigen. Die einflußreichen SLD-Granden aus den Wojewodschaften wiederum sollen enge Beziehungen zu Parteichef Miller pflegen.

Herausforderungen für die Linksallianz

Eine Eröffungsbilanz der Partei SLD muß sowohl die durch die Umgestaltung der SLD geleisteten Transformationsleistungen als auch die Defizite ihrer selbstgesteckten neuerlichen Modernisierungsziele in Rechnung stellen. Der erste Eindruck bleibt dabei zwiespältig, denn weder in personeller noch in programmatischer Hinsicht (Vermächtnis der Volksrepublik) konnten oder wollten SLD-Führung und -Basis einen allzu scharfen Schnitt ansetzen. Elemente der Kontinuität überwiegen gegenüber Elementen des Bruchs. Die Zementierung der Position des pragmatisch-entideologisierten SLD-Zentrums sowie das gestraffte organisatorische Gefüge der neuen Partei geben jedoch der Führung der Linksallianz ein Instrumentarium an die Hand, mit dem sie mittelfristig die abermalige Metamorphose ihrer politischen Heimat bewerkstelligen kann. Die SLD befindet sich insofern erst auf

---

12 W stronę Tony'ego Blaira, Interview mit Wiesław Kaczmarek, Gazeta Wyborcza 7.10.1998; Sojusz Lewicy Naprawdę Demokratycznej? Interview mit Wiesław Kaczmarek, Trybuna 29.6.1999.

13 "Ich sehe weder eine linke noch eine rechte Wirtschaftspolitik, nur eine effektive oder ineffektive." Lewica bez gwarancji, Interview mit Cimoszewicz, Polityka nr 40, 2.10.1999.

14 Ein funktionales Äquivalent für die Debatte zwischen parteiinternen Fraktionen könnte der Politisch-Programmatische Rat werden, dem auch Vertreter SLD-naher Organisationen angehören.

dem Marsch von einer postkommunistischen zu einer post-postkommunistischen Formation. Nicht vergessen werden darf dabei, daß die SLD auch in Regierungsverantwortung die zentralen Bereiche der sozial-ökonomischen Umgestaltung in Gang hielt sowie die prinzipiell westlich-integrationsorientierte Polung der Außenpolitik uneingeschränkt unterstützte. Das Bekenntnis zu sozialdemokratischer Programmatik wurde durch die Aufnahme der SdRP in die Sozialistische Internationale bereits 1996 international sanktioniert. Zweifelsohne kann es sich die SLD als Erfolg an ihre Fahnen heften, wenn im Rahmen einer im Dezember 1999 durchgeführten Erhebung weniger als ein Viertel der Befragten die Gruppierung als ″postkommunistisch″ attributieren, während 38% die SLD vornehmlich als ″sozialdemokratische″ Partei ansehen.[15]

Ob und wann die neue SLD aber den Nimbus des Exkommunismus definitiv abstreifen kann, wird vornehmlich davon abhängen, wie sie Komplexitäten ihres Binnenlebens und ihres Umfelds bewältigen wird. Namentlich den folgenden Fragen wird dabei Beachtung zu schenken sein:

- Nach 1995 hat sich eine gut funktionierende stille Kooperation zwischen der SLD und *Staatspräsident* Kwaśniewski eingependelt. Kwaśniewski, einst Führungsfigur und ″Moses″ des exkommunistischen Lagers, wandelt seither geschickt zwischen unverhohlener Solidarität mit seinen ehemaligen Mitstreitern und der Neutralität eines integrativen und überparteilichen Staatsoberhaupts. Der Verlauf des SLD-Parteitags offenbarte aber, daß es zwischen beiden Seiten gewisse inhaltlich-konzeptionell bedingte Spannungen gibt. Wie u.a. die Präsenz Ryszard Kalisz's, des Chefs der Präsidentialkanzlei, in der SLD-Führung zeigt, sind Präsidentenlager und Partei dennoch weiterhin miteinander verzahnt. Im Jahr der Präsidentschaftswahlen wird überdies keine der beiden Seiten an einer Verschlechterung der Beziehungen interessiert sein.
- Ungewohnt positiv reagiert die *Geschäftswelt* zunächst auf die SLD. Dabei finden nicht nur seit jeher der polnischen Linken nahestehende Unternehmer (Władysław Bartoszewicz, Vorstand der Polkomtel SA, Cezary Stypulkowski, Vorstand der Bank Handlowy, Bogusław Kott, Vorstand der Big Bank Gdański u.a.) Gefallen an den Ideen der SLD. Die wirtschaftspolitischen Thesen der SLD ernteten auch Lob vom einflußreichen Business Centre Club, der führenden Vereinigung polnischer Unternehmer und Geschäftsleute. Auf dem Kongreß der SLD gastierten so illustre Persönlichkeiten wie Aleksander Gudzowaty (angeblich reichster Pole und Wahlkampfsponsor Lech Wałęsas), Dariusz Pryzwieczerski (Chef der Außenhandelsfirma Universal) oder Henryka Bochniarz (u.a. Vorsitzende des Polnischen Business-Rates). Mit Blick auf die hohe Popularität der SLD wollen sich Wirtschaft und Industrie, so scheint es, auch auf der linken Seite ″absichern".
- Weniger für die gegenwärtige Oppositionsphase als mittelfristig sind durch die Aufwertung wirtschaftsfreundlicher Tendenzen Konflikte mit dem SLD-nahen *Gewerkschaftskonglomerat*, das sich als ″sozialer Pfeiler″ der SLD versteht,[16] vorprogrammiert. Der OPZZ-Vorsitzende Wiaderny appellierte zwar schon früh für die Präsenz seiner Gewerkschaftskollegen in der SLD,[17] doch wird sich die OPZZ ihren Platz in der neuen Partei schwerer erstreiten müssen als in der alten Allianz.
- Ungeklärt ist bislang das Verhältnis zu anderen *Linksparteien*. Obwohl die SLD mannigfaltige Kontakte zu kleineren Gruppierungen wie etwa der Arbeitsunion UP, der Rentnerpartei KPEiR, der PPS oder der RLP pflegt (etwa im Rahmen des Runden Tischs der Linken [Okrągły Stół Lewicy]), wird sich die SLD nur ungern auf engere Kooperationsformen einlassen. Ein *Olivenbaum à la polacca* nach italienischem Vorbild nämlich hieße für die SLD, daß sie abermals mit der organisatorischen Vielfalt konfrontiert wird, die sie gerade erst abgelegt hat.[18]

---

[15] Korzenie chlubne i wstydliwe, Rzeczpospolita 5.1.1999.

[16] Odrodzenie OPZZ, Interview mit Józef Wiaderny, Vorsitzender der OPZZ, Dziś nr. 6 / 1998, S. 13-16, hier: S. 16.

[17] Józef, Wiaderny: Związkowcy muszą być w Sojuszu Lewicy Demokratycznej. Trybuna Związkowa. Trybuna 17.-18.4.1999.

[18] Unterdessen intensivieren die kleineren Parteien die Zusammenarbeit unter sich. Anfang Oktober unterzeichneten RLP, PPS und KPEiR ein Kooperationsabkommen. Schon vorher hatten UP und RLP eine solche Vereinbarung unterzeichnet. PPS und RLP bildeten eine gemeinsame parlamentarische Gruppe. Wymyślić Polskę od nowa? Trybuna 1.10.1999.

– Um den ″roten Rubikon″, der das exkommunistische Segment vom Rest der politischen Szenerie trennt, zu überschreiten, sowie um ihre *bargaining-position* zu verbessern, ist der SLD daran gelegen, eine Zusammenarbeit mit der zentristisch-liberalen *Freiheitsunion* UW (die auf lokaler und regionaler Ebene bereits jetzt schon existiert) in den Bereich des Möglichen zu rücken. Eine Koopera-

tion mit dieser dem Solidarność-Lager entstammenden und gegenwärtig noch deutlich SLD-kritischen Partei würde einem ″historischen Kompromiß″ mit dem alten Gegner gleichkommen und die gänzliche politische Rehabilitierung des postkommunistischen Blocks signalisieren. Trotz seitens der SLD vorgelegter Friedensangebote gegenüber ihren politischen Gegnern (″Beenden wir den polnisch-polnischen Krieg″) muß die ″neue Öffnung″ der Linken in den Reihen der UW Skepsis hervorrufen, da sich in für die Freiheitsunion zentralen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik massive Differenzen in Stil und Inhalt ergaben (zu denken ist etwa an die obstruktive Politik der SLD gegen die Steuerpläne von UW-Finanzminister Balcerowicz).

Die SLD und die Strukturierung des Parteiengefüges

Die Entwicklung der polnischen Parteienlandschaft unterlag in der ersten Dekade demokratischer Verhältnisse einem Prozeß der dreifachen Strukturierung. Erstens reduzierte sich sukzessive der Konzentrationsgrad des anfangs hochfragmentierten Parteisystems. An die Stelle des zersplitterten Sejms des Jahres 1991 traten überschaubarere Zusammenhänge, die klare Mehrheiten und funktionsfähige Regierungen hervorbrachten. Zweitens kam es zu einer politisch-inhaltlichen Flurbereinigung. Exotische, populistische und radikale Parteien wurden infolge der Aggregation des Parteiengefüges marginalisiert. Moderate, den innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Reform- und Integrationskonsens im Prinzip bejahende Gruppierungen schoben sich in den Vordergrund. Die organisatorisch kompakte und programmatisch der westlichen Sozialdemokratie verpflichtete exkommunistische Linke erwies sich bei beiden Konsolidierungsprozessen als Schrittmacherin, da sie insbesondere bei der zersplitterten Rechten analoge Nachahmungseffekte induzierte.

Auch im dritten, bislang noch am wenigsten fortgeschrittenen Bereich der organisatorischen Strukturierung ist die Linke ihren schärfsten Rivalen wieder einen Schritt voraus. Während die SLD sich zu einer organisatorisch vereinheitlichten *Partei* wandelte, geht bei der gegnerischen Wahlaktion Solidarność AWS selbst der Versuch, ein effizientes Parteienbündnis zu etablieren, nur langsam voran. Nach ihrem Wahlsieg von 1997 gelang es der AWS nur ansatzweise, ihre formellen Strukturen zu straffen. Zwar kam es Mitte 1999 zu einer Ausschaltung des AWS-″Planktons″ und zur Etablierung einer Konfiguration von fünf dominierenden Kräften, doch einer weiteren Integration widersetzen sich die die beiden wichtigen AWS-Mitglieder ZChN und SKL. Die Entfaltung der Gewerkschaftspartei RS AWS (sie soll die Rolle der Solidarność in der AWS übernehmen) verlor an Schwung und machte aus der jungen Formation eine ″Partei der Macht″. In Anbetracht dessen verzögert sich auch die von der Solidarność in Aussicht gestellte Depolitisierung und Rückbesinnung auf ihre gewerkschaftlichen Aufgaben. Während sich die SLD in kurzer Zeit und ohne nennenswerte interne Widerstände in eine politische Partei transformierte, befindet sich die AWS noch in der Phase einer polyzentristischen, programmatisch diffusen und organisatorisch heterogenen ″Allianz der Demokratischen Rechten″. Es bleibt abzuwarten, ob sich in den anstehenden beiden Wahljahren die AWS auf ein höheres Maß an programmatischer Transparenz und struktureller Kohärenz zubewegt und damit, ähnlich wie die SLD, zur weiteren Konsolidierung des politischen Parteiengefüges beitragen wird.

Kai-Olaf Lang